

NEIN ZUR AUSGLIEDERUNG DER BERLINER LANDESBÜHNEN!

Offener Brief der Personalvertretungen der Berliner Landesbühnen

90% der Bürger:innen sehen Kulturangebote als elementar für die Demokratiebildung an.¹ Nun gefährdet der Berliner Senat dieses Fundament durch die geplante Ausgliederung unserer Institutionen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit wachsender Besorgnis nehmen wir die aktuellen Pläne einer Rechtsformumwandlung der landeseigenen Bühnen (Deutsches Theater, Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Maxim Gorki Theater, Theater an der Parkaue) zur Kenntnis.

Dieses Vorhaben gefährdet den öffentlichen Charakter der Berliner Kulturinstitutionen - für die Beschäftigten bringt es tiefgreifende Verschlechterungen mit sich.

Was steht für die Beschäftigten auf dem Spiel?

Die Arbeit an unseren Häusern fordert von den Mitarbeiter*innen, deren Interessen wir vertreten, bereits jetzt ein hohes Maß an Flexibilität, Belastbarkeit und Abstriche im Privatleben. Die tarifvertraglichen sowie gesetzlichen Sicherheiten, die uns der öffentliche Dienst garantiert, stellen einen unverzichtbaren Schutz zur Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf dar. Eine Rechtsformumwandlung bringt für die Beschäftigten keinerlei Vorteile mit sich. Im Gegenteil: Sie würde die Arbeitsbedingungen auf und hinter der Bühne mit hoher Wahrscheinlichkeit verschlechtern.

Gefährdung von dringend notwendigen Gleichstellungsprozessen und Frauenförderung

Das Landesgleichstellungsgesetz ist das wirksamste Gesetz zur Frauenförderung und Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt. Es würde möglicherweise keine Anwendung mehr finden oder Schranken erfahren. Dies wäre ein fatales Zeichen an die beschäftigten Frauen, die gerade im Kulturbereich mit struktureller Ungleichheit konfrontiert sind. Dazu gehören Sexismus, Machtmissbrauch, fehlende Sichtbarkeit und eine noch immer deutlich höhere Lohndifferenz zu männlichen Kollegen als im Landesdurchschnitt. Das Landesgleichstellungsgesetz mit seinen Frauenvertreterinnen ist elementar für die Vertretung der Frauen im Bereich der Kunstschaffenden, da hier das Personalvertretungsgesetz und Betriebsrätegesetz in ihrer Anwendung beschränkt sind.

Mögliche Unterwanderung des Tarifvertrages der Länder (TV-L)

Neu zu schließende Haustarifverträge bringen erfahrungsgemäß eine spürbare Schlechterstellung gegenüber den regulär im öffentlichen Dienst der Länder angestellten Arbeitnehmer*innen mit sich: von den Gehältern und Zulagen über Arbeitszeiten und Urlaub bis hin zu den Bedingungen bei Gastspielen und Dienstreisen.

Den TV-L verhandeln die zuständigen Gewerkschaften mit den Bundesländern. Mit einer Ausgliederung läge die Verantwortung dafür zukünftig bei den Geschäftsführungen der Häuser -- ein Umstand, der Tarifflicht ermöglicht und den Betriebsfrieden sowie die enge und vertrauensvolle Arbeitsbeziehung zwischen Beschäftigten und Leitung erschüttern könnte. Dabei ist gerade das essenziell für das Gelingen der künstlerischen Produktionsprozesse.

Auch künstlerische Tarifverträge wie der Normalvertrag-Bühne (NV) sind bisher an die Entgeltentwicklungen im TV-L gekoppelt. Künstlerisch Beschäftigten wie auch Kolleg*innen der technischen Abteilungen, die mittlerweile vermehrt im NV statt im TV-L eingestellt werden, wird durch diesen Tarifvertrag jetzt schon ein enormes Maß an Flexibilität, Einschränkungen und Unsicherheit abverlangt. Auch dient der TV-L als Referenzrahmen für Honorarempfehlungen der Freien Szene.

Der Verlust des TV-L als Bezugsrahmen würde all diesen Beschäftigtengruppen das letzte Bisschen finanzieller Sicherheit nehmen. Das halten wir für nicht vertretbar.

Kultur ist öffentliche Daseinsvorsorge - keine Ware!

Unter unseren Dächern verbinden sich die darstellenden und musischen Künste mit Literatur, Bildung und Erziehung, Politik und sozialem Engagement.

Unsere Häuser sind öffentliche Räume, in denen gesellschaftsrelevanten Themen eine Bühne gegeben wird, in denen öffentlich diskutiert, Perspektiven gewechselt und damit ein demokratischer Diskurs und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt wird.

Gerade in Zeiten, in denen autoritäre Tendenzen und gesellschaftliche Spaltung zunehmen, braucht es öffentlich getragene Kulturinstitutionen, die unabhängig und gemeinwohlorientiert arbeiten können.

Eine Ausgründung unserer Häuser in andere Rechtsformen würde den finanziellen Druck, den die Kürzungen im Berliner Kulturhaushalt bereits verursacht haben, weiter befeuern und auf die Angestellten verlagern. Aus Perspektive der einzelnen Häuser würde eine Umwandlung keine nennenswerten Vorteile bei der Umsetzung der angeordneten Sparmaßnahmen mit sich bringen. Die dadurch verstärkte Ausrichtung auf Profitabilität - bis hin zum Damoklesschwert der Insolvenz- würde aus Kulturbetrieben Wirtschaftsbetriebe machen.

Auch das Argument, dass Aufsichtsräte die Aufgaben, die bisher die Kulturverwaltung innehatte, durch größere Nähe zum Spielbetrieb besser wahrnehmen könnten, weisen wir

zurück. Es untermauert unseren Eindruck, dass es bei dem Vorhaben auch darum geht, die (finanzielle) Verantwortung für unsere Häuser vom Senat weg zu delegieren. Vielversprechender im Sinne einer verantwortungsvollen Gestaltung des Kulturbetriebes wäre hingegen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Kulturverwaltung, dem Hauptpersonalrat und den örtlichen Personalräten sowie den Frauenvertretungen, wenn es um die Belange unserer Häuser geht.

Unsere Forderungen

- Den **Stopp aller Pläne zur Ausgliederung** der landeseigenen Bühnen aus dem öffentlichen Dienst Berlins
- Eine **sofortige transparente Einbindung** von Personalräten, Frauenvertreterinnen und Gewerkschaften in jegliche Umstrukturierungsvorhaben

Es geht um unsere Stadt!

Die reichhaltige und vielfältige Kulturlandschaft Berlins ist das pulsierende Herz unserer Stadt. Sie prägt nicht nur unser Profil und unsere Identität, sondern ist die tragende Säule unserer Außenwirksamkeit -- eine Strahlkraft, die weit über die Landesgrenzen hinausreicht. Diese Kultur ist nicht nur der wichtigste Standortfaktor, sie ist die Seele Berlins. Wenn diese einzigartige Theater- und Kulturlandschaft nicht geschützt wird, trifft das nicht nur uns Kulturschaffende, sondern auch die Bewohner*innen und Besucher*innen unserer Stadt und das gesamte Berliner Gast- und Tourismusgewerbe inklusive aller wirtschaftlicher Vorteile, die die Kultur unserer Stadt bringt.

Die aktuelle Studie, „Relevanzmonitor Kultur 2025“ belegt, dass 90% der Bürger:innen die Bereitstellung von Kulturangeboten als elementar für Demokratiebildung ansehen und 64% die öffentliche Kulturförderung ebenso relevant finden wie Bildung und Gesundheit.¹

Dennoch werden immer mehr kulturelle Projekte, die das Geschichtsverständnis, Kinder- und Jugendbildung und musische Erziehung fördern, dem Diktat der Wirtschaftlichkeit geopfert. Gerade sozial benachteiligten Gruppen, Kindern und Jugendlichen wird dadurch immer weniger kulturelle Teilhabe ermöglicht. Das ist inakzeptabel!

¹Quelle: <https://soziokultur.de/relevanzmonitor-kultur-2025-kultur-ist-kitt-der-gesellschaft/>

Unser Appell

Alle Kultureinrichtungen dieser Stadt suchen in Folge der Kürzungen bereits nach Wegen, Mittel einzusparen. Wir erwarten vom Berliner Senat, dass er die bereits unternommenen Anstrengungen würdigt und dabei konstruktiv unterstützend an unserer Seite steht, statt durch mit in Hinterzimmern vorangetriebene Bestrebungen zur Rechtsformumwandlung weiteren Druck auf die verbliebenen Landesbühnen aufzubauen.

Wir verwehren uns entschieden dagegen, Kultur und Soziales gegeneinander auszuspielen. Kultur ist kein Luxus, sondern wesentlicher Bestandteil von Bildung, Demokratie und Lebensqualität -- sie muss allen zur Verfügung stehen! Wenn Kunst der Profitabilität geopfert wird, dann leidet ihre Qualität und Menschen mit wenig Geld verlieren den Zugang. Das darf nicht passieren!

In diesen herausfordernden Zeiten braucht es eine uneingeschränkte Bewahrung unserer Institutionen. Es muss vorderstes Bestreben sein, die Bühnen unabhängig zu halten, ihnen langfristige Budgets losgelöst von wechselnden Mehrheiten auf Länder- und Kommunalebene zuzusichern. Wahlen und sich ändernde Machtkonstellationen sollten weder ihre Gestaltungsautonomie gefährden noch die Lebensgrundlage der Beschäftigten.

Es ist Zeit, Haltung zu zeigen: All jene, die für eine offene, plurale Gesellschaft eintreten, sind aufgefordert, deren Fundament zu stabilisieren und die Kultur darin fest zu verankern.

Berlin, den 22.04.2025

Unterzeichnende:

Deutsches Theater Berlin

Personalrat
Frauenvertretung
SBV²
JAV

Konzerthaus Berlin

Personalrat
Frauenvertretung
SBV

Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz

Personalrat
Frauenvertretung
SBV
JAV

Maxim Gorki Theater

Personalrat
Frauenvertretung
SBV

Theater an der Parkaue

Personalrat
FLINTA*-Vertretung³
SBV²

² SBV Schwerbehindertenvertretung der Bühnen

³ FLINTA: Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen